

Die europäische Einigung und die deutschen Unionsparteien

Von den Anfängen in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart

Von Winfried Becker

Die ersten Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren durch eine Vielfalt von Plänen und Bewegungen gekennzeichnet, die auf die Vereinigung Europas zielten. Ähnlich wie nach 1918, bezog die Europa-Bewegung ihre innere Legitimation aus den Erfahrungen und Schrecken des Krieges; allerdings spielte nun auch schon der Rückgriff auf die Friedensbewegung der Zwischenkriegszeit eine Rolle. Gerade die christlichen Parteien hatten sich, mehr als ihre teils im Bann des 19. Jahrhunderts stehende Konkurrenz, um internationale Verständigung bemüht.¹ Das Streben nach der Einheit Europas wurde vielfach als produktive Antwort auf den Einbruch des Nationalismus, des Imperialismus und schließlich des Totalitarismus verstanden, der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die krieglerische Selbsterstörung Europas eingeleitet hatte. Die ersten Europa-Programme der Nachkriegszeit gingen darum auch nicht von nur einer Nation aus, sondern waren internationalen Ursprungs und zugleich auf die Zusammenarbeit der europäischen Nationen ausgerichtet.

Der italienische Movimento Federalista Europeo wollte aufgrund der negativen Erfahrungen mit der »klassischen« Diplomatie die »Außenpolitik der Allianzen und des Mächtigkeitsgleichgewichts« abschaffen. Die Union Europäischer Föderalisten, gegründet im Dezember 1946, sprach sich ebenfalls gegen jede Machtpolitik und Blockbildung aus.² Schon diese Aussagen zeigen, daß die aus den Widerstandsbewegungen in besetzten Ländern

¹ Alwin HANSCHMIDT, »Eine christlich-demokratische 'Internationale' zwischen den Weltkriegen. Das 'Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne' in Paris«, in: Winfried BECKER/Rudolf MORSEY (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln/Wien 1988, S. 153-188. Jean-Marie MAYEUR, *Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne XIXe-XXe siècles*, Paris 1980; Jean-Claude DELBREIL, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920-1933)*, Metz 1972.

² Politische Resolution von Montreux, 27.-31.8.1947. Jürgen SCHWARZ (Hg.), *Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945-1980*, Bonn 1980, S. 55f. (siehe auch die Einleitung von J. Schwarz, das Vorwort von Louise Weiss). Curt GASTEYGER, *Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990. Eine Darstellung und Dokumentation über das Europa der Nachkriegszeit*, Köln 1990, S. 30f. Walter LIPGENS, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Erster Teil 1945-1947*, Stuttgart 1977, S. 360ff.

Europas herrührenden Europa-Bewegungen³ ein stark idealistisches Gepräge trugen. Realistischer orientiert waren die schon 1946 entwickelten Pläne von Winston Churchill⁴ und Duncan Sandys sowie die Ziele der Europäischen Parlamentarier-Union⁵. Ihr Generalsekretär wurde 1947 der politische Schriftsteller Richard Nicolas Graf Coudenhove-Kalergi⁶, der schon in den zwanziger Jahren in aufsehenerregender Weise für »Paneuropa« eingetreten war. Churchill und Coudenhove-Kalergi, so unterschiedlich sie ihrer Stellung, ihrer Herkunft und ihren Ideen nach waren, tendierten dazu, Westeuropa als eine regionale Staatengruppe von eigener kultureller Prägung und eigenem politischem Gewicht zu begreifen.

Konkrete politische und wirtschaftliche Programmpunkte zur Herbeiführung dieser Einheit faßten drei Resolutionen des vom 7. bis 10. Mai 1948 in Den Haag tagenden Europa-Kongresses ins Auge: Schaffung einer wirtschaftlichen und politischen Union mit Verzicht der beitretenden Länder auf einige ihrer Souveränitätsrechte, Einberufung einer parlamentarischen europäischen Versammlung mit zunächst beratender Funktion, Aufhebung der Zollschränken, Konvertibilität der Währungen, Koordination der großen Industrien und des Verkehrswesens⁷. Die deutschen Delegierten wurden von Ehrenpräsident Churchill herzlich begrüßt. Dieser äußerte volles Verständnis für das deutsche Problem. Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU der britischen Zone, berichtet in seinen Memoiren von diesem ersten gelungenen Gehversuch einer deutschen Delegation auf internationalem Parkett nach dem verlorenen Krieg. Ihm kamen dabei seine Kontakte aus der Vorkriegszeit zu Édouard Herriot zustatten, der in Den Haag als Vorsitzender des Conseil Français pour l'Europe Unie anwesend war⁸.

Die Europabewegung christlich orientierter Kräfte und Gruppen hatte in den ausgehenden vierziger Jahren einen internationalen Charakter. Auf dem neutralen Boden der Schweiz hatte die Europa-Union ermutigend auf

3 Walter LIPGENS (Hg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945. Eine Dokumentation*, München 1968.

4 Rede in Zürich am 19.9.1946. J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 51f.; GASTEYGER (zit. Anm. 2) S. 30.

5 Gegründet am 8./9.9.1947. J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 57.

6 Martin POSSELT, *Richard Coudenhove-Kalergi und die europäische Parlamentarier-Union. Die parlamentarische Bewegung für eine »Europäische Konstituante« (1946-1952)*, Phil. Diss. Graz 1987. Vgl. Reinhard FROMMELT, *Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933*, Stuttgart 1977. Helge HEIDEMEYER, *Richard Coudenhove-Kalergi. Konzeptionen, Programme und Organisation seiner Europapolitik, hauptsächlich im Zeitraum von 1946 bis 1958*. Magisterarbeit Passau 1988.

7 J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 65f.

8 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart 4. Aufl. 1980, S. 136f. Über die Karriere des »Radikalen« Herriot, ursprünglich Bürgermeister von Lyon, in der Dritten Republik: Madeleine REBÉRIOUX, *La République radicale? 1898-1914*, Paris 1975. Dominique BORNE/Henri DUBIEF, *La crise des années 30, 1929-1933*, Paris 1976, 1989.

die Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus gewirkt⁹. Am 3. Juli 1947 nahm der Generalsekretär der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, Bruno Dörpinghaus, mit dem Mitbegründer der Vereinigung Christlicher Demokratischer Deutscher in der Schweiz und Vorstandsmitglied der Christlichen Nothilfe in Zürich, Dr. Johann Jakob Kindt-Kiefer, Kontakte auf, um in der Schweiz Zusammenkünfte zwischen Vertretern der westdeutschen Landesverbände der CDU und französischen Mitgliedern des Mouvement Républicain Populaire zu organisieren.¹⁰ Dies geschah mit der Billigung französischer Regierungsstellen in Paris. Probleme der westeuropäischen Sicherheit, der politischen Organisation Europas und der Erarbeitung einer christlich-demokratischen Doktrin standen auf der Tagesordnung der aus diesen Vereinbarungen erwachsenden ersten Genfer Konferenzen 1947/48 (bis 1956). An ihnen nahmen namhafte Vertreter Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Österreichs und der Schweiz teil. In das Jahr 1947 fiel auch die Gründung der Nouvelles Equipes Internationales (NEI). Diese Vereinigung christlich-demokratischer Parteien des europäischen Kontinents wollte nach den Worten von Leo Schürmann, 1950 Präsident der Sektion der Jüngeren in den NEI, »europäische Politik verstehen und verwirklichen auf Grund der Lehren des christlichen Naturrechts« und zu diesem Zweck jene politischen Gruppierungen zusammenführen, »qui s'inspirent des principes de la démocratie chrétienne«.

Diese Vereinigungsversuche von Politikern der nun erstmals wirkungsvoll in Erscheinung tretenden christlich-demokratischen Parteien entstanden in einer Konkurrenzsituation, die gegenüber den ebenfalls europaweite Kontakte aufnehmenden Parteien des Sozialismus und des Liberalismus gegeben war¹¹. So wurde ein eigenständiger Ansatz zur politischen Gestaltung und zur Überwindung der Bedrohung in der Nachkriegszeit entwickelt. Die eigene geistige Grundlage sah man in der Gewissensverantwortung des einzelnen und gleichgesinnter Menschen gegenüber den Normen des christlichen Glaubens. Hier erkannte man eine als aktuell erachtete Alternative zu den Ideologien, die in säkularen Denkansätzen des 18. und 19. Jahrhunderts wurzelten. Jenseits des weltanschaulichen Materialismus, Atheismus und der ganzheitlichen Erfassung des Menschen durch weltimmanente Heilslehren erwartete man aus der Rückbesinnung auf Grundlagen der christlichen Kultur, daß sich ein Ausweg aus den jüngst zutage getretenen Verheerungen

9 GASTEYGER (zit. Anm. 2) S. 25f.

10 Bruno DÖRPINGHAUS, »Die Genfer Sitzungen. Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa«, in: Dieter BLUMENWITZ u.a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. 1: *Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 538-565; daraus die folgenden Zitate.

11 Adenauer an Franz Bettschart, 30.7.1946. ADENAUER, *Briefe 1945-1947*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 294.

der europäischen Zivilisation und drängenden Daseinsnöten finden lasse. Angesichts der kommunistischen Gefahr glaubte man in den Lehren des Christentums einen Rückhalt gewinnen zu können, der die geistige Widerstandskraft stärkte und das politisch zu bewerkstelligende Eintreten für Sicherheit und Frieden ideell fundierte. Auf dem Kongreß der Katholischen Volkspartei der Niederlande in Utrecht 1949 brachte Dr. Felix Hurdus, der von den Nationalsozialisten inhaftiert worden war und nun die Ämter des Generalsekretärs der Österreichischen Volkspartei und des österreichischen Unterrichtsministers bekleidete, diese Auffassung auf die emotionale und prophetische Formel: »Das künftige Europa wird christlich sein oder es wird überhaupt nicht sein!«

In Neubesinnung auf die Grundlagen der Völkergemeinschaft und in Ablehnung des kollektivistischen und des soeben untergegangenen nationalistischen Totalitarismus traten auch die Landesverbände der neu entstandenen Unionsparteien seit 1945 für eine friedliche Staatengemeinschaft ein. Obwohl außenpolitische Aussagen in ihren ersten Programmen eigentlich den Argwohn der Besatzungsbehörden erregen mußten, konnte das Eintreten für eine engere Verbindung der europäischen Völker kaum beanstandet werden. Diese Abwendung von nationalistischen Irrwegen der jüngsten Vergangenheit entsprach mehrfach propagierten Erwartungen der Westalliierten, die eine demokratische Neuorientierung des deutschen Volkes erhofften.

Der Beitrag, den christlich orientierte Politiker und Parteien in Deutschland zur Propagierung der europäischen Idee während der Jahre 1945 bis 1949 leisteten, war grundlegend. Aus einem noch vorhandenen Fundus christlicher Prägung, der über die Zeit des Nationalsozialismus gerettet worden war, ja dem dieser Irrweg der deutschen Geschichte anscheinend gerade Rechtfertigung widerfahren ließ, traten die neu entstandenen Parteien der CDU und CSU für Völkerversöhnung und eine europäische Föderation aus christlichem Kulturverständnis ein.¹² Sie trugen nach dem Krieg die Aufbruchsstimmung und das rationale Eintreten für Europa maßgeblich mit, das aus den Widerstandsbewegungen und aus den Friedensideen der zwanziger Jahre gespeist worden war und nun allgemeine Bedeutung erlangte. Eine den Europa-Idealismus nicht überschätzende Tradition wird in Rechnung stellen, daß die starke und bedrohliche Stellung der Sowjetunion diesem Bekenntnis zu Europa ebenso günstig war wie die Erwartung der westlichen Alliierten,

12 Resolution des Ersten Parteitags der CDU Deutschlands, 22.10.1950. Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987, S. 446. Unergiebig für den europäischen Aspekt Dieter HAUNGS, »Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich Soziale Union in Bayern (CSU)«, in: Hans-Joachim VEEN (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 1: *Bundesrepublik Deutschland – Österreich*, Paderborn 1983, S. 9-194.

daß Deutschland sich zur Demokratie bekehren werde. Dennoch war die Europaidee der christlichen Kräfte eigenständig begründet. Das gemeinsame Bekenntnis zur europäischen Idee bot auch eine Ausgangsbasis, um die christlich-demokratischen Parteien (West-) Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Beneluxstaaten, der Schweiz und Österreichs in eine engere Verbindung zu bringen. Dieser programmatisch fundierte Integrationsansatz, der zwar, wie zuweilen von deutscher Seite gewünscht, keine Verwirklichung in der Organisation einer »christlichen Internationale« fand, schuf doch erste Möglichkeiten zur Wiederzulassung deutscher Politiker auf internationalen Konferenzen.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der ersten Regierungsbildung trat, trotz aller Beschränkungen durch das Besatzungsstatut, Deutschland als in mancher Hinsicht selbständiger und kalkulierbarer Faktor in die Europapolitik ein.¹³ Die Formulierung einer Politik für Europa hatte bisher hauptsächlich in Ideen, Plänen, Organisationen und Konferenzen ihren Niederschlag gefunden. Sie erreichte nun infolge des Kalten Krieges ein konkreteres Stadium, eine erste Phase der Realisierung. Entscheidende Anstöße zur Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in eine nähere Verbindung der europäischen Staaten, namentlich Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands, gingen von der Außenpolitik der Vereinigten Staaten aus. Diese verfolgten eine Linie weiter, die mit der Ausdehnung der Marshall-Plan-Hilfe auf die deutschen Westzonen und mit dem Hoover-Bericht über die Lage in Europa begonnen hatte.

Anfang 1950 plante das Bureau of German Affairs, das westliche Deutschland langfristig in einen wirtschaftlichen und politischen Einigungsprozeß Europas einzubeziehen, um so auf eine produktive Weise den möglicherweise von Deutschland erneut ausgehenden Gefahren zuvorzukommen. Es verwarf die beiden Methoden der Unterdrückung durch Besatzungspolitik oder der Erziehung zu demokratischen Musterschülern, die gegenüber dem deutschen Volk versagen würden. Das »energischste Volk des Kontinents« sei vielmehr in seinem wirtschaftlichen Aufwärtstreben und in seiner Wiedervereinigungsabsicht zu unterstützen. Dazu seien der Abbau des wirtschaftlichen Konkurrenzneids und auch der politischen Vorbehalte Englands und Frankreichs gegenüber Deutschland erforderlich. Die USA plädierten für die Schaffung eines europäischen Markts und vor allem für die Zuwendung Großbritanniens, dessen Commonwealth-Verpflichtungen sie in einer Art weltpolitischen Arbeitsteilung übernehmen wollten, zu Europa und zu Deutschland. Die Einigung Europas werde so zur Lösung des

¹³ Regierungserklärung Adenauers vom 20.9.1949. Herbert MÜLLER-ROSCHACH, *Die deutsche Europapolitik 1949-1977. Eine politische Chronik*, Bonn 1980, S. 10f.

deutschen Problems notwendig. Wegen der nicht vorhersehbaren innenpolitischen Entwicklung Westdeutschlands sei zudem Eile geboten, und die dort gegenwärtig Regierenden könnten als die wahrscheinlich geeignetsten Verhandlungspartner gelten: »The present German leaders are on the whole sympathetic to the West and are probably the most cooperative Germans we shall have to deal with.«¹⁴ Neben dieser Expertise standen auch sehr negative Einschätzungen der Regenerationskräfte Deutschlands¹⁵. Entscheidend war zuletzt für die amerikanische, die deutsche Wiederbewaffnung betreibende Politik, daß Westdeutschland so behandelt werden müsse, daß es eine der Rekonstruktion Europas, die als dringendes Desiderat der amerikanischen Politik galt, förderliche Rolle übernehmen könne. Dazu gehörte wesentlich die Immunisierung gegen die von einer eventuellen prosowjetischen Orientierung auch Westdeutschlands drohenden Gefahren.

Es bleibt das Verdienst des ersten Bundeskanzlers, die vor allem in der Politik der Vereinigten Staaten liegenden Chancen für die Bundesrepublik erkannt und genutzt zu haben. In Adenauers Konzeption und Realisierung europäischer Politik verwoben sich eng prinzipielle Gesichtspunkte und pragmatisches, auf den Wiederaufstieg Deutschlands gerichtetes Handeln¹⁶. Die Prinzipien waren aus Lebenserfahrung und aus einer Betrachtung der jüngsten deutschen Geschichte gewonnen. Schon als Oberbürgermeister von Köln (1917-1933), der weltoffenen Handelsmetropole am Rhein, hatte sich Adenauer für eine Verflechtung der westdeutschen, französischen und belgischen Industrie eingesetzt.¹⁷ Die jahrhundertelange Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich war in zwei Weltkriege gemündet. Das lehrte ihn, die benachbarte Lage dieser Staaten und der Benelux-Länder nicht mehr zur Selbstprofilierung und zum ausufernden Konkurrenzkampf, sondern zu letztlich einvernehmlichem Handeln im Sinne der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu nutzen. Die zwingenden Rahmenbedingungen

14 Memorandum Prepared in the Bureau of German Affairs, Washington 11.2.1950 (Diskussionspapier), in: *Foreign Relations of the United States 1950 (FRUS)*, Vol. IV: *Central and Eastern Europe, The Soviet Union*, ed. by S. Everett GLEASON/Fredrick AANDAHl u.a., Washington 1980, S. 597-602.

15 Vgl. das Urteil des Direktors der Policy Planning Staff, George F. Kennan: »The Germans are by and large a sick people from whom no political impulses emerge in any clear and healthy form ...«, mit der Schlußfolgerung, die europäische Orientierung der Deutschen zu fördern und ihre Demokratie wirtschaftlich zu stützen: Paper Prepared by the Director of the Policy Planning Staff, Washington 8.3.1949. *FRUS* 1949, Vol. III: *Council of Foreign Ministers, Germany and Austria*, Washington 1974, S. 96-102. Vgl. Peter R. WEILEMANN, »Der Wandel in Westeuropa«, in: Dieter MAHNKE (Hg.), *Amerikaner in Deutschland. Grundlagen und Bedingungen der transatlantischen Sicherheit. Mit einem Vorwort von Gerhard Stoltenberg*, Bonn-Berlin 1991, S. 54f.

16 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*, Stuttgart 1991.

17 Hugo STEHKÄMPER (Hg.), *Konrad Adenauer Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976*, Köln 1976.

dafür schienen Adenauer durch die 1945 geschaffene weltpolitische Lage gegeben. Um sich gegenüber der weit vorgedrungenen Sowjetunion und gegenüber den kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern zu behaupten, schienen ihm die ehemals verfeindeten Hauptmächte des Kontinents sozusagen in einem Boot zu sitzen. Wollte ein geeintes Europa in einer gewandelten Welt seine Kultur und politische Eigenständigkeit wahren, dann mußte es die Mitte des Kontinents, Deutschland, mit einbeziehen. Umgekehrt konnte nach Adenauers Meinung Deutschland seine Gleichberechtigung und Wiedervereinigung nur erringen, wenn es dafür die Unterstützung der freien Mächte Westeuropas und der atlantischen Welt gewann, wenn eine Identifikation seiner Interessen mit denen des freien Europas erfolgte.

Die Absage an jeden Neutralismus und der Anschluß an die Westmächte ergaben sich für Adenauer aber noch aus einem anderen Grund, aus einer dringend gebotenen Neuorientierung im politischen Denken der Deutschen. Die allzugroße Achtung vor der staatlichen Macht, verbunden mit einer zunehmend materialistischen Weltanschauung, hatten in Adenauers Augen die Deutschen für den Nationalsozialismus anfällig gemacht und damit das Unheil heraufbeschworen. Adenauer trat nun für die Verbreitung einer freiheitlichen Staatsauffassung ein, einer Staatstheorie der Subsidiarität, die von den Rechten und Pflichten der Person ausging, das Gemeinwohl aber nicht geringschätzte. Diese sollte das ideelle Fundament für das gemeinsame Europa legen und Deutschland das Vertrauen seiner ehemaligen Feindmächte und zukünftigen Partner wiedergewinnen. Das gemeinsame Bekenntnis zur Freiheit und Menschenwürde, beruhend in der christlich-humanistischen Weltanschauung europäischer Tradition, fundierte nach Adenauers Auffassung erst die gemeinsame Front der europäischen Völker gegen die aktuelle Bedrohung dieser in der Vergangenheit schon so oft herausgeforderten europäischen Lebensform.¹⁸ Ein in Europa politisch eingefügtes Deutschland würde auch der Versuchung widerstehen können, erneut den Weg in die Isolierung zu gehen, indem es in Überschätzung seiner eigenen Kraft ein undurchsichtiges Spiel zwischen Ost und West betrieb.

Obwohl er sich des unschätzbaren Werts einer Annäherung Großbritanniens an Deutschland bewußt war, suchte Adenauer seit Beginn seiner Regierungstätigkeit vor allem die wirtschaftliche und politische Union zwischen Frankreich und Deutschland voranzutreiben. Diese Union »würde psychologisch und materiell von gewaltigem Einfluß sein und Kräfte freisetzen, die Europa sicherlich retten werden«, erklärte er dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith¹⁹. Dies bedeutete einen ersten

18 ADENAUER, *Erinnerungen* (zit. Anm. 8) S. 97, 39-47, 312-316, 210f., 246.

19 ADENAUER, *Erinnerungen* (zit. Anm. 8) S. 312.

entscheidenden Schritt zur Erfüllung der Voraussetzungen, unter denen die USA zu ihrem Engagement in Europa, um nicht die Früchte des Sieges und ihrer Kriegsanstrengungen zu verspielen, weiterhin bereit waren. Nach Meinung Adenauers würde die deutsch-französische Union den Grundstein zur europäischen Einigung legen und damit Europa insgesamt fähig machen, zum gleichwertigen Partner der Vereinigten Staaten und zum Subjekt der Weltpolitik zu werden. Erst das so erreichte euro-atlantische Bündnis schien ihm die Gefahren zu bannen, die von der imperialistisch auftretenden und eine sozialistische Internationale fördernden Sowjetunion als Weltmacht zu befürchten waren.²⁰

Ausgehend von dieser Konzeption und diesen Maximen, deren Kohärenz im Rückblick aber nicht überbewertet werden sollte²¹, zeigte sich die deutsche Bundesregierung sogleich in der Lage, europäische Institutionen und Verträge mitzugestalten. Adenauer hat umgehend nach erster Kenntnissnahme den Schuman-Plan akzeptiert. Das am 18. April 1951 unterzeichnete Abkommen über die Montanunion schuf einen großen einheitlichen Wirtschaftsraum für Kohle, Eisen und Stahl. Die wirtschaftlichen Einzelheiten dieses gemeinsamen Markts kümmerten Adenauer wenig²². Er sah im Fallen von wirtschaftlichen Schranken den Anfang zu grundlegenden Veränderungen des europäischen Lebens. Die Montanunion schien ihm zusammen mit anderen Zusammenschlüssen den Weg zu einer überstaatlichen Entwicklung Europas nach Analogie des Deutschen Zollvereins und des wirtschaftlichen Zusammenwachsens der USA zu ebnen. Sie sollte seiner Meinung nach nicht dazu dienen, den Kontinent nach außen abzuschließen, sondern vielmehr Impulse zur weiteren atlantischen Verflechtung geben. Trotz dieser umfassenden Perspektive wahrte Adenauer den deutschen Rechtsstandpunkt in der Saarfrage²³ bei Unterzeichnung des Schuman-Plans. Zweifellos war das

20 ADENAUER, *Erinnerungen* (zit. Anm. 8) S. 426; ein Schlüsseldokument für Adenauers Auffassungen ist seine Ansprache vor dem American Committee on United Europe am 16.4.1953 in New York. Druck: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauer. Reden 1917-1967. Eine Auswahl*, Stuttgart 1975, S. 291-298; Bruno HECK, »Europa und die deutsche Frage«, in: Bruno HECK, *Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976-1986*, hg. von Klaus GOTTO, Osnabrück 1987, S. 135-148, S. 140.

21 »One must bear in mind his [Adenauers] tendency, deriving perhaps from inexperience of foreign affairs, to make occasional snap decisions in this field with an eye only to their short-term advantages and without giving much consideration to their full implications.« General B. Robertson (For the High Commissioner: Christopher Steel) to Mr. Younger, Wahnheide 19.6.1950. *Documents on British Policy Overseas (DBPO)*, ed. by Roger BULLEN/M.E. PELLY u.a., Series II, Vol. 1: *The Schuman Plan, the Council of Europe and Western European Integration, May 1950-December 1952*, London 1986, Nr. 108, S. 195.

22 Wie Anm. 21.

23 Zur Saarfrage nun: Rainer HUDEMANN/Raymond POIDEVIN (Hg.), *Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte*, München 1992.

deutsch-französische Verhältnis Anfang der fünfziger Jahre noch von Differenzen überschattet und lange nicht so problemlos wie das deutsch-italienische. Aus britischer Sicht hob aber die Verbreitung des Europagedankens in beiden Ländern, bei der Bevölkerung und bei den Regierungen, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland deutlich von den skandinavischen und anderen Randstaaten Europas ab.²⁴

Die Tatsache, daß das Saarland bereits assoziiertes Mitglied des Europarats war, hinderte die Bundesregierung nicht, aus dem übergeordneten Gesichtspunkt, ein föderatives Europa zu schaffen, dieser ersten großen europäischen Gemeinschaft von ursprünglich zehn Staaten beizutreten. Während die SPD vom Beitritt zum Europarat eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands befürchtete und diesen darum im Bundestag ablehnte, ging der Bundeskanzler umgekehrt davon aus, daß von einer Stärkung der Bundesrepublik durch Mitgliedschaft in europäischen Institutionen letztlich auch Berlin und der deutsche Osten profitieren würden. Die mit erstrangigen Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion besetzte deutsche Delegation, der unter andern Hermann Pünder (als Delegationsführer), Heinrich von Brentano, Eugen Gerstenmaier, Kurt Georg Kiesinger, Helene Weber und Luise Rehling angehörten, brachte in Straßburg eine Bundestagsresolution ein, die auf einen Vorschlag des Zentralkomitees der Union Europäischer Föderalisten zurückging. Diese Resolution vom 26. Juli 1950 sah unter Bezug auf Artikel 24 des Grundgesetzes einen Europäischen Bundespakt vor, der eine übernationale, parlamentarisch unterbaute Bundesgewalt mit Befugnissen einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts-, Rechts- und Außenpolitik schaffen würde.²⁵ Obwohl die Beratende Versammlung des Europarats in Straßburg keine legislativen Befugnisse hatte, stellte sie ein beachtliches Diskussionsforum dar, aus dessen Debatten und Kontakten sich die Notwendigkeit zur Schaffung einer Hohen Behörde, wie sie der Montanunion gegeben wurde, herauschälte.

Die beratende Versammlung des Europarats bejahte mit großer Mehrheit, allerdings gegen die Stimmen der Iren und bei Enthaltung der Schweden, der britischen und der deutschen Sozialdemokraten, einen folgenlos bleibenden Antrag Churchills auf Schaffung einer vereinigten europäischen Armee. Adenauer brachte gegenüber den Hohen Kommissaren den Plan eines deutschen Wehrbeitrages ins Gespräch. Es gelang, außen- und innenpolitische Widerstände gegen diese Planungen zu überwinden und den deutschen Verteidigungsbeitrag im Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vom 27. Mai 1952 zu verankern. Teile der evangelischen

24 Analysis of Replies to Foreign Office Circular Despatch of 16th April, Foreign Office 20.7.1951. DBPO (zit. Anm. 21). II, 1, Nr. 347, S. 656-665.

25 Hermann PÜNDER, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 462-472.

Kirche mit Martin Niemöller und Gustav Heinemann lehnten jede Aufrüstung ab und liehen dem damals in Deutschland weitverbreiteten Ohnemeich-Standpunkt ihre Stimme. Ein politisches Votum der evangelischen Kirche gegen den Wehrbeitrag kam aber nicht zustande.²⁶ Hier bewährte sich der Interkonfessionalismus der CDU, die in Robert Tillmanns, Robert Lehr, Hermann Ehlers und anderen wichtige Repräsentanten des protestantischen Lebens für sich hatte gewinnen können.

Mit der Aufstellung einer deutschen Armee verband der Bundeskanzler, der alles andere als ein Militarist war, mehrere andere Ziele: Er wollte Souveränität und Gleichberechtigung für die Bundesrepublik erreichen, was in zähe und umständliche Verhandlungen um den sogenannten Generalvertrag (oder Deutschlandvertrag) führte. Ihm schwebte vor, über die Gestellung, Verwaltung und Bezahlung der einzelnen Armeekontingente der europäischen Staaten zu dem raschen Aufbau einer bundesstaatlichen europäischen Gemeinschaft mit eigenem Budget zu gelangen. Und er beurteilte, darin weitgehend einig mit den westlichen Außenministern, die Lage eines unbewaffneten Deutschland zwischen zwei Blöcken als sehr gefährdet. Wie verschiedene Motive und Zielrichtungen in einem gleichen oder sehr ähnlichen Ergebnis zusammenfallen konnten, zeigt ein Vergleich der Pläne Adenauers mit dem von Ministerpräsident René Pleven vorgelegten Plan (1950), der ebenfalls deutsche Kontingente in einer europäischen Armee, aber zur besseren Kontrolle Deutschlands, vorsah. Adenauer wollte gegen den Widerstand der Sozialdemokraten den Situationszwang, das Bedürfnis nach einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, zur Schaffung einer europäischen Föderation nutzen. Der Aufbau einer glaubhaften Verteidigung gelang auch mit der Integration der Deutschen Bundeswehr in die NATO 1955. Doch die zuvor erfolgte Ablehnung des Vertrags über die EVG in der französischen Nationalversammlung bedeutete eine schwere Niederlage für die Europapolitik der CDU. Adenauer hatte mehr erreichen wollen als einen deutschen Verteidigungsbeitrag, nämlich eine supranationale Organisation der westeuropäischen Sicherheit.

In den Jahren 1954/55 vollzog sich eine gewisse Wende auch für die deutsche Europapolitik. Schon seit Beginn der fünfziger Jahre waren nach Meinung kompetenter Beobachter Zeichen eines Klimawechsels zu verspüren, hatte im Westen das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion im

²⁶ Kurt Georg KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958*, hg. von Georg SCHMOECKEL, Stuttgart 1989, S. 396ff. *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 3, 1950, Wortprotokolle, bearb. von Ulrich ENDERS und Konrad REISER, Boppard 1986, S. 64ff., 102ff. Winfried BECKER, »Views of the Foreign Policy Situation Among the CDU Leadership, 1945-57«, in: Ennio DI NOLFO (Ed.), *Power in Europe? II, Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957*, Berlin-New York 1992, S. 351-371, 362ff.

Kalten Krieg nachgelassen.²⁷ Die Genfer Konferenzen der Regierungschefs und der Außenminister der Vier Mächte 1955 signalisierten eine Wende zur Entspannungspolitik und, wenn auch unter ganz veränderten Vorzeichen, eine Art Wiederaufnahme der Konferenzdiplomatie der Großen Drei aus dem Zweiten Weltkrieg. Während sich ein rasanter technischer Umbruch vollzog, behielten die Siegermächte im wesentlichen die Kompetenz für die immer wichtiger werdenden Fragen der militärischen Sicherheit und der Abrüstung. Denn es war nicht gelungen, ein wie auch immer vereintes Europa mit »klassischen« Attributen der Staatsgewalt, mit Hoheitsrechten in der Sicherheits- und der Außenpolitik, auszustatten.

Besonders wegen der ausbleibenden Erfolge in der deutschen Frage geriet die Europapolitik der Bundesregierung in die Defensive. Inmitten einer sich wandelnden Situation suchte Außenminister Heinrich von Brentano einerseits eine Erfolgsbilanz der europapolitischen Entwicklung zu präsentieren, andererseits sich auf die allmähliche Wandlung des außenpolitischen Klimas einzustellen. Im Blick auf das schon Erreichte führte er aus, daß wegen der Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses kriegserische Verwicklungen in Westeuropa undenkbar geworden seien.²⁸ Er erwartete, daß die gegenseitige Annäherung der Staaten des freien Europas die Friedensaussichten in ganz Europa und in der Welt verbessern, daß sie eine Überwindung jener nationalistischen Bestrebungen, die in anderen Teilen der Welt immer noch zu Kriegen führen würden, zur Folge haben werde. Zugleich betonte von Brentano, daß die Bundesregierung in ihren Bemühungen um Aufhebung der deutschen Teilung nicht nachlassen werde und daß sie dabei der Unterstützung durch drei der Vier Mächte sicher sein könne. Er warnte davor, sich durch Annäherung an die Sowjetunion das schwer verdiente Vertrauen der Westmächte zu verschmerzen und unterstrich die Unverzichtbarkeit eines freien Deutschlands für die Bewahrung einer freiheitlichen Ordnung auf dem europäischen Kontinent. 1960 berief er sich an historischem Ort, in Rom, auf das gemeinsame Erbe der europäischen Völker, das in dem Wort »Rom« zusammengefaßt werden könne: »jene auf dem christlichen Glauben errichtete, von Recht und Freiheit bestimmte Kulturwelt, die in den vielen Jahrhunderten unserer Geschichte zwar wechselnde Gestalt annehmen konnte, die aber in ihrer Substanz und in ihrem Auftrag der übrigen Menschheit gegenüber unversehrt und unverändert dasteht«.²⁹

27 DÖRPINGHAUS (zit. Anm. 10). Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, S. 64ff.

28 Heinrich VON BRENTANO, *Deutschland, Europa und die Welt. Reden zur deutschen Außenpolitik*, hg. von Franz BÖHM. Bonn 1962, S. 187 (zu den Ergebnissen der Genfer Konferenz). Vgl. Arnulf BARING (Hg.), *Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer, 1949-1964*, Hamburg 1974.

29 VON BRENTANO (zit. Anm. 28) S. 340-348 (Vom Nationalstaat zur Einheit Europas).

Auf dieser Grundlage entwickelte von Brentano eine vielleicht dialektisch zu nennende Auffassung über das Problem der europäischen Einigung. Das Bestehen nationaler Interessen, ja der »Eigenpersönlichkeit« der Nationen, gab er zu; deshalb könne das Ziel nur Vielfalt in der Einheit lauten. Zugleich hielt von Brentano an der Vorstellung einer supranationalen Gemeinschaft fest. Er bemühte sich allerdings, naheliegende und realitätskonforme Wege zur Erreichung dieses Endpunkts anzugeben. Diese sah er etwa darin, die von jeher freundschaftlichen Beziehungen, wie sie z.B. zwischen Deutschland und Italien bestanden, auszubauen. Zwischen diesen beiden Ländern könnten neue Formen der europäischen Zusammenarbeit erprobt und könne auf die Mittel der hergebrachten Diplomatie verzichtet werden. Brentano kritisierte indirekt den Zentralismus europäischer Nachbarn, wenn er darauf verwies, daß der in der deutschen Geschichte ausgebildete Föderalismus es der Bundesrepublik erleichtert habe, nach 1945 die Bahnen machtpolitischen Denkens zu verlassen und für einen deutschen Staat Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht zu entwickeln.

Von Brentano faßte ansatzweise einen neuen Nationbegriff in den Blick. Dieser war nicht mehr gekennzeichnet durch die gleichsam national-revolutionäre Totalität, mit der die Nation nach dem Verständnis der französischen Revolution und mancher »Kleindeutscher« des 19. Jahrhunderts ihre Mitglieder umschloß. Er unterschied sich von den älteren Konzepten durch zwei wesentliche, als freiheitsverbürgend verstandene Einschränkungen: durch den Föderalismus, wie er ganz richtig als Verfassungsprinzip aus der deutschen Geschichte abgeleitet werden konnte, und durch die Besinnung auf die zumindest allen mittel- und westeuropäischen Völkern gemeinsamen Werte einer okzidental oder lateinischen Zivilisation und Tradition, die dem Zusammenschluß der europäischen Nationen zur Grundlage dienen konnte.

Daß die Quintessenz solcher Gedanken im politischen Meinungsstreit und Tageskampf eingesetzt wurde und Verwertung fand, hat ihre theoretische Würdigung als konzeptionellen Neuansatz vielleicht erschwert. Der Entschluß, für ein vereintes Europa einzutreten, blieb für von Brentano und für Kurt Georg Kiesinger gleichbedeutend mit einer großen Alternative: der Entscheidung zwischen denen, »die sich zur Freiheit und zum Recht bekennen«, und dem die Selbstbestimmung in Europa verweigernden System³⁰. Dazwischen sei kein Drittes möglich, folglich auch keine dritte Macht Europa. Möglicherweise nahm diese Apodiktik auf (bereits früher geäußerte) Befürchtungen Rücksicht, die von Deutschlands Streben nach Vorherrschaft in einem Europa der »third force« ausgingen.³¹ Die deutsch-französische

30 VON BRENTANO (zit. Anm. 28) S. 347.

31 Robertson (Steel) an Younger, DBPO (zit. Anm. 21) II, 1, Nr. 108, S. 199.

Annäherung erschien als Bestandteil der umfassenderen Atlantischen Gemeinschaft.

Die Mitte der fünfziger Jahre sich wandelnde Lage und die Beerdigung der EVG führten einerseits zu einer Stärkung des Nationalgedankens und zu einer produktiven Beschäftigung mit dieser Herausforderung für den Europagedanken. Andererseits entband die Atlantische Gemeinschaft die Westeuropäer von der Pflicht zur sicherheitspolitischen Selbstorganisation, was ursprünglich ja nicht in der Absicht ihrer amerikanischen Initiatoren gelegen haben dürfte. Auch war sie geeignet, hier und da laut werdenden Argwohn gegenüber einem Übergewicht Deutschlands in einem Europa der »dritten Kraft« zu besänftigen.

Diese Stagnation bildete den Hintergrund für die neu praktizierte funktionale Methode der europäischen Einigung. Schritt für Schritt, durch die Schaffung und den Ausbau beschränkter europäischer Gemeinsamkeiten, sollte nun die Einigung Europas vorangetrieben werden. Die Einigung blieb für die Unionsparteien in der Bundesrepublik das vorgegebene, erstrebenswerte und eigentlich wichtige Ziel. Die Mittel und Wege, es zu erreichen, sollten gemäß den gegebenen Umständen und Gelegenheiten immer dann ergriffen werden, wenn sie dem größeren Zweck dienten. Dafür konnte die Montanunion schon gewissermaßen als Vorbild dienen. Aber aus der Phase des elementaren Aufbruchs der ersten Nachkriegsjahre trat die europäische Bewegung seit Mitte der fünfziger Jahre in ein bis heute andauerndes Stadium der pragmatischen, oft unbefriedigenden, der spröden Wirklichkeit Tribut zollenden Entwicklung. An dieser beteiligten sich die von der CDU und CSU geführten Bundesregierungen in vorderster Linie.

Als Kronzeuge des »Institutionalismus«, durch den die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs weiterentwickelt werden sollte, läßt sich Walter Hallstein anführen. Dieser Jurist war seit 1950 an allen bedeutenden Europa-Verhandlungen beteiligt gewesen. Von 1958 bis 1967 bekleidete er das Amt des (ersten) Präsidenten der EWG-Kommission.³² Seiner Tätigkeit dort setzte er das Ziel der »Vergemeinschaftung der nationalen Politiken«. Hallstein begriff die funktionale Einigungsmethode gemäß der politikwissenschaftlichen Kategorie des *system transformation effect*³³. Nach seiner Auffassung lagen konstitutive Elemente für die Ent-

32 Wolfgang RAMONAT, »Rationalist und Wegbereiter. Walter Hallstein«, in: Thomas JANSEN/Dieter MAHNKE (Hg.), *Persönlichkeiten der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays*, Bonn 1981, S. 337-378. Theo M. LOCH, »Walter Hallstein. Eine biographische Skizze«, in: *Wege nach Europa. Walter Hallstein und die junge Generation*, Andernach 1967, S. 7-47. Gert NICOLAYSEN/Hans-Jürgen RABE (Hg.), *Europäische Gemeinschaft. Verfassung nach drei Jahrzehnten. Walter Hallstein zum 80. Geburtstag*, Baden-Baden 1982.

33 Walter HALLSTEIN, *Die echten Probleme der europäischen Integration*, Kiel 1965, S. 5f., 18, 23 (Vortrag vor dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel); DERS., *Der Schuman-Plan*, Frankfurt/M. 1951.

wicklung der Gemeinschaft – statt in der früher zwischen den europäischen Nationen betriebenen Macht- und Hegemonialpolitik – in der Übung des Rechts, konkret in der Anwendung des Rechts der Römischen Verträge und der Gesetze der Gemeinschaft, sowie in der Strategie, zu gemeinsamen Überzeugungen zu finden. Die Kommission, der Ministerrat, das der wirklichen Entscheidungsbefugnis noch entbehrende Parlament und der Europäische Gerichtshof sollten die aktiven Vollzugsorgane des Integrationsprozesses der nationalen Volkswirtschaften werden. Von ihren Aktivitäten erwartete sich Hallstein einen wirklichen föderativen Interessenausgleich, in dem er eine neue Stufe internationaler Zusammenarbeit erblickte, den entscheidenden Fortschritt gegenüber jeder Hegemonialpolitik, wie sie etwa als preußische Hegemonie im Bismarckreich einigend gewirkt hatte. Einheitsstiftend sollten der jedem Mitglied Vorteile eröffnende Interessenausgleich und die »Sachlogik« der einmal eingeschlagenen Entwicklung wirken, die eine »Kettenreaktion von Integrationen« auslösen würde. Nach Hallstein eröffnete der vergrößerte Markt nicht nur einzelnen Mitgliedern wie der Bundesrepublik Deutschland unabhängig von der unzuverlässigen Weltkonjunktur verbesserte Absatzchancen, sondern verlangte auch gegenseitige Angleichung der Steuer- und Sozialpolitik gemäß den vereinheitlichten Wettbewerbsbedingungen – ein zweifellos bis zum heutigen Tag höchst aktuelles Problem. Schließlich konnte Hallstein feststellen, daß auch von außen, etwa aus der Perspektive der Entwicklungsländer, die Gemeinschaft zunehmend, nicht nur in handels- und wirtschaftspolitischer Hinsicht, als Einheit betrachtet wurde. Hallstein betonte ähnlich wie Brentano, daß die Europapolitik des Staates Neues schaffe, ja daß sie auf die Verwandlung des Menschen ziele.

Ein Nachteil des funktionalistischen Standpunkts, den der Wirtschafts- und Rechtsexperte Hallstein einnahm, lag in der Ausblendung herkömmlicher Aspekte von Macht und Führung. Dies ging an den Realitäten des starken staatlichen Selbstbewußtseins westeuropäischer Nationen vorbei.³⁴ Charles de Gaulle versuchte, eine Politische Union auf der Grundlage des Bilateralismus mit der Bundesrepublik Deutschland zu errichten, um das Gewicht eines solchermaßen vereinten Europas in der Weltpolitik zu stärken. Er fand in Adenauer einen ähnlich gesinnten Partner. Die Frucht dieses in der EWG nicht durchsetzbaren Bilateralismus war der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag von 1963. Er nahm Elemente auf, die frühere Pläne und Verhandlungen für den politischen Zusammenschluß der sechs EWG-Staaten insgesamt vorgesehen hatten.³⁵ Die hier vorgesehene Konsultationsverpflichtung in außenpolitischen Angelegenheiten war ebenso zukunftsweisend wie

34 J. SCHWARZ (zit. Anm. 2) S. 22.

35 Thomas JANSEN, *Europa. Von der Gemeinschaft zur Union. Strukturen, Schritte, Schwierigkeiten*, Bonn 1986, S. 93.

der deutsch-französische Jugendaustausch, zu dessen Verwirklichung bereits unmittelbar nach Abschluß des Vertrages erste Schritte unternommen wurden.

Indes offenbarte die Politik der Bundesregierungen in den sechziger Jahren einen gewissen Zwiespalt. Adenauer und Teile der CDU sowie vor allem der CSU zeigten sich bereit, auf eine nähere kooperative, intergouvernementale Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich einzugehen und ein engeres Einvernehmen zwischen beiden Staaten anzustreben.³⁶ In den Verhandlungen über die Fouchet-Pläne verfolgten die deutschen Vertreter aber weiterhin supranationale Ziele. Sie wollten, teils zusammen mit Italien und den Benelux-Staaten, verhindern, daß durch die spezielle deutsch-französische Zusammenarbeit das politische Zusammenwachsen aller EWG-Staaten und die Kompetenz der NATO unterlaufen würden.

Der Zusammenschluß der Organe von EWG, Montanunion und Euratom zu den Europäischen Gemeinschaften (E.G.) 1967 behob nicht deren Krise. Während Adenauer aus praktischen und prinzipiellen Gründen der Bildung einer engeren Gemeinschaft aufgeschlossen gegenübergestanden hatte, weil er weltpolitisch in der Kategorie der Bipolarität dachte, vertrat Kurt Georg Kiesinger, Kanzler der großen Koalition von 1966 bis 1969, eine mehr integrale Sichtweise der weltpolitischen Beziehungen. Er sprach sich in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 für den Beitritt Großbritanniens zur EWG aus. Gleichzeitig wünschte er, die engen Beziehungen der Bundesrepublik zu Frankreich, Italien und zu den Benelux-Staaten weiter auszugestalten. Besonders angelegen war ihm die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Interessengemeinschaft, die wegen der »Fakten der Geographie« und als »Bilanz der Geschichte« längst überfällig sei. Wenn Deutschland und Frankreich ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technologischem, kulturellem, militärischem und politischem Gebiet weiterentwickeln müßten, so richte sich ihre Allianz nicht gegen irgendwelche Feinde. »Das solide Bündnis« zwischen den freien Nationen Europas und den USA hielt Kiesinger auch in Zukunft für unerlässlich. Er sah es sogar gestärkt, wenn durch die deutsch-französische Zusammenarbeit erreicht werde, daß Europa zunehmend »mit einer Stimme« spreche, wie dies amerikanische Staatsmänner wünschten.³⁷ Ähnlich wie vor ihm von Brentano und

³⁶ Thomas JANSEN/Werner WEIDENFELD, *Europa. Bilanz und Perspektive*, Mainz 1973, S. 18-26.

³⁷ Kurt Georg KIESINGER, *Entspannung in Deutschland – Friede in Europa. Reden und Interviews 1967*, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Kassel 1967, S. 3-8, 10f., 14f., 18f. Vgl. Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher*, Stuttgart-Wiesbaden 1984, S. 306ff.

Hans Furler, 1960 bis 1962 Präsident des Europäischen Parlaments³⁸, trat Kiesinger hier nicht für das Modell einer Dritten Kraft Europa zwischen den Supermächten ein.³⁹ Allerdings plädierte er für die Brückenfunktion einer neu zu schaffenden »europäischen Friedensordnung«. Durch die Anbahnung friedlicher Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks sollte eine Überwindung des europäischen »Antagonismus« in die Wege geleitet werden. Im Zuge dieser auf den bewährten Rückhalt im Westen nicht verzichtenden Politik könne auch die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen der europäischen Friedensordnung herbeigeführt werden.

In den siebziger und achtziger Jahren wurde die Europäische Gemeinschaft in vielen multilateralen Verhandlungen erheblich erweitert und intensiv ausgebaut. 1973 traten ihr England, Irland und Dänemark bei. 1979 wurde die erste Direktwahl des europäischen Parlaments durchgeführt.

1977 veröffentlichte die Europäische Volkspartei (EVP), die Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, den Entwurf ihres Politischen Programms.⁴⁰ Jetzt erst gingen die Wünsche und Versuche aus den vierziger und den frühen fünfziger Jahren, die christlichen Parteien des kontinentalen Europas zu einem organisatorischen Zusammenschluß zu bringen, in Erfüllung. Die Deutschen und die Italiener stellten laut Geschäftsordnung von 1976 die meisten Mitglieder eines wichtigen Führungsorgans der EVP, des Politischen Büros, jeweils 31 Prozent. Aus ihrem einer christlichen Inspiration verpflichteten Menschenbild leitete die EVP einen detaillierten Katalog von verfassungspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen, bündnispolitischen, internationalen und europapolitischen Forderungen ab. Eine »ausgewogene Entspannung« wurde nun ebenso verlangt wie eine tatkräftige Unterstützung der Länder der Dritten Welt. Im Unterschied zum Bund der sozialdemokratischen Parteien, der dem Modell eines souveränen Europas zwischen den USA und der Sowjetunion den Vorzug gab, sah die EVP die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten »gekennzeichnet durch eine tiefe Übereinstimmung vom Wert der Freiheit und der Gerechtigkeit; durch eine hohe Gemeinsamkeit der politischen Ziele und durch die unverzichtbare atlantische Allianz für unsere Sicherheit und

38 Dieses wurde durch Furlers Initiative 1958 als gemeinsames Organ der drei verschiedenen Europäischen Gemeinschaften EWG, Montanunion und Euratom geschaffen. Horst FERDINAND/Adolf KOHLER, *Für Europa. Hans Furlers Lebensweg*, Bonn 1977, S. 69-71. Hans FURLER, *Reden und Aufsätze 1953-1957*, Baden-Baden 1958, S. 209ff. Furler wurde 1956 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion.

39 Dieter MAHNKE, »Parlamentarier für Europa. Hans Furler, Karl Mommer«, in: Th. JANSEN/D. MAHNKE, *Persönlichkeiten* (zit. Amn. 32), S. 493-532, 513f.

40 Institut für Europäische Politik, *Materialien zur Europapolitik*, Bd. 2: *Die europäischen Parteien. Strukturen, Personen, Programme*, zusammengestellt und eingeleitet von Thomas JANSEN und Volkmar KALLENBACH, Bonn 1977, S. 34-53.

die der ganzen westlichen Welt«⁴¹. Diese Absage an Äquidistanz-Vorstellungen, die damals in der öffentlichen Meinung verbreitet wurden, trug der Ausgangssituation und den fortdauernden Bedingungen Rechnung, unter denen sich der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft vollzogen hatte.⁴²

Während der achtziger und neunziger Jahre erhielten die wirtschaftliche und auch die politische Ausgestaltung der Staatengemeinschaft neue Impulse durch die Direktwahl des europäischen Parlaments, die Stärkung der europäischen Institutionen und durch die weitere Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Auch die Erweiterung der Gemeinschaft blieb auf der Tagesordnung und wurde sogar nach dem Umbruchjahr 1989 erneut aktuell.⁴³ Die deutsche Regierung war bereit, die vielfältigen Probleme der inneren Angleichung durch supranationale Regelungen zu lösen oder diese, wie im Falle des Binnenmarkts⁴⁴ und der vorgesehenen Währungsunion, äußerst entschieden voranzutreiben. Gegen ein allzu zentralistisches Auftreten der Brüsseler Institutionen meldeten Vertreter der Unionsparteien im Namen des Föderalismus, ihres alten Programmpunkts, Vorbehalte an.

Bevor die überraschende Wiedervereinigung Deutschlands stattfand, wurden im Lager der Unionsparteien unterschiedliche Meinungen darüber geäußert, wie die Zukunft Europas aussehen solle. Über das Ziel eines immer näheren Zusammenschlusses gab es zwar keine Differenzen, aber Nuancen, was die Stellung Europas in der Welt und dessen innere Entwicklung betraf. Herbert Blankenhorn, von 1953 bis 1969 Botschafter bei der NATO, in Paris, Rom und London, wollte Europa als »Dritte Kraft« angesichts des »ständigen Anwachsens der Supermächte« sehen, betonte dessen Verpflichtungen zur internationalen Solidarität sowie in der Entspannungspolitik und rief zur Überwindung des Provinzialismus und der »weltanschaulichen Unterschiede« in Europa auf.⁴⁵ Der frühere Familienminister Bruno Heck beharrte auf dem engen, unverzichtbaren Zusammenhang zwischen einer zukünftigen Wiedervereinigung und einer freiheitlichen Europapolitik, warnte

41 Die europäischen Parteien (zit. Anm. 40) S. 22f., 43f.

42 Vgl. Hans FURLER, *Im neuen Europa. Erlebnisse und Erfahrungen im Europäischen Parlament*, Frankfurt/M. 1963, S. 53f. Walter Hallstein – *Europa 1980*, Einleitung und biographische Skizze von Theo M. LOCH, Bonn 1968, S. 129-145. Vgl. auch Wilfried LOTH, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957*, Göttingen 1990.

43 Ludger KÜHNHARDT/Hans-Gert PÖTTERING, *Europas vereinigte Staaten. Annäherung an Werte und Ziele*, Osnabrück 1991, S. 57ff.

44 Vgl. Armin TÖPFER/Roland BERGER (Hg.), *Unternehmenserfolg im Europäischen Binnenmarkt*, Landsberg/Lech 1991.

45 Herbert BLANKENHORN, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979*, Frankfurt/M. 1980, S. 17f.; indes hatte der italienische Wirtschaftswissenschaftler Ernesto Rossi 1944 in der »Gemeinsamkeit der Überzeugungen und Interessen« innerhalb nation-übergreifender Parteien »die sicherste Grundlage der Einigung« gesehen. W. LIPGENS, *Europa-Föderationspläne* (zit. Anm. 3) S. 385.

vor der Zementierung der Teilung Europas durch Hinnahme des status quo und sah gewachsene Aufgaben des europäischen »Vaterlands der Vaterländer« in den drei Bereichen der europäisch-atlantischen Zusammenarbeit, der Ost-West- und der Nord-Süd-Politik.⁴⁶ Beiden Autoren erschien der Zusammenschluß als eine auch von der außereuropäischen Welt erwartete Bedingung des europäischen Überlebens.

Überraschenderweise stellt sich nach dem Umbruch in Osteuropa, dem Teilrückzug der USA vom europäischen Kontinent und dem Weiterbestehen regionaler Krisenherde das Problem eines gemeinsamen Auftretens der Europäer umso drängender. Es scheint kein Grund gegeben zu sein, auf bewährte transatlantische Bindungen leichtfertig zu verzichten.⁴⁷ Daß die Problemkonstellationen teils verschärft andauern oder sich auf beunruhigende Weise verschoben haben, erleichtert es nicht, eine knappe historische Bilanz zu ziehen.

Die christlich-demokratischen Parteien in Deutschland haben seit 1945 das Zusammenwachsen Europas aus inneren und äußeren Gründen als wünschenswertes Ziel angesehen. In der Besinnung auf die vom Christentum geprägte Kultur eines gemeinsamen Wurzeln verpflichteten Europas glaubten sie ein Heilmittel für die vom Nationalsozialismus hervorgerufenen Verheerungen sowie gegen zukünftige Bedrohungen eines materialistischen und diktaturanfälligen Denkens finden zu können. Daraus leiteten sie die Notwendigkeit auch des politischen Zusammenschlusses ab. Ihnen fiel ein Verzicht auf die ohnehin zunächst nicht gegebene Souveränität nach der Niederlage leichter als den Siegern des Zweiten Weltkriegs. Der gemeinsame Weg nach Europa sollte auch besritten werden, um die Rückkehr als gleichberechtigter Partner in die Völkergemeinschaft zu erleichtern.⁴⁸ Für die ersten sicherheits- und wirtschaftspolitischen Zusammenschlüsse war die besonnene Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland von besonderer Bedeutung. Diese wollten der in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg dominant gewordenen Stellung der Sowjetunion ein europäisches Gegengewicht entgegensetzen, zu dessen Rekonstruktion Deutschland als Partner unerläßlich zu sein schien. Angesichts der Spaltung Deutschlands war die Eingliederung der Bundesrepublik in das freiheitliche, westeuropäisch-atlantische Lager nur gegen erhebliche innere Widerstände möglich und beschwor Grundsatzkonflikte herauf. Eine große Leistung der deutschen Europapolitik bestand darin, das Problem der Wiedervereinigung und die

46 HECK (zit. Anm. 20) S. 140ff.

47 Vgl. Arnulf BARING (in Zusammenarbeit mit Volker Zastrow), *Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West*, Stuttgart 1988, S. 16ff. (mit einigen rasch überlebten Urteilen über die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung).

48 Vgl. DBPO (zit. Anm. 21) II, 1, Nr. 108, S. 196, 199.

entschiedene Besinnung auf die freiheitliche Staatsform, die liberale Demokratie, mit dem Ja zu Europa und zur Atlantischen Gemeinschaft argumentativ nachvollziehbar zu verknüpfen: Das Selbstbestimmungsrecht und die freiheitliche Staatsverfassung wurden nicht als isoliert von einer deutschen Regierung zu verfolgende Ziele angegeben, sondern waren als gemeinsam von allen demokratischen Staaten Europas zu verteidigende Güter und darum auch als Kristallisationspunkte einer westeuropäischen Staatengemeinschaft anzusehen, in die Westdeutschland integriert sein sollte. Die Anfänge der Entspannungspolitik bei den Genfer Konferenzen beeinträchtigten die von Adenauer befürwortete Integration Westeuropas. Die Ablehnung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung bereitete eine herbe Enttäuschung. Von Brentano rang mit dem Problem, den Gedanken der Nation und des Selbstbestimmungsrechts mit der Absicht der Einigung Europas in Einklang zu bringen. Die politische Stagnation nach 1954 trug dazu bei, die Integration auf die wirtschaftliche Ebene zu verlagern, wo sie prominente deutsche Fürsprecher fand. Politisch waren die unionsgeführten Bundesregierungen an einander teils zuwiderlaufenden Strategien der Einigung beteiligt. Adenauer ging auf de Gaulles Kooperationsangebot führender Staaten in Kontinentaleuropa ein. Zugleich wurde der supranationale, föderative Zusammenschluß auf Kommissions- und Konsultationsebene weiter verfolgt. In den ausgehenden sechziger Jahren, in einer Krisenzeit innen- und außenpolitischer Unzufriedenheit, versuchte Kiesinger der Europapolitik eine neue ostpolitische Dimension zu geben, ohne allerdings, wie seine sozial-liberalen Nachfolger, deutschlandpolitische Zugeständnisse zu machen und das Atlantische Bündnis ungenügend zu finden. An der Parlamentarisierung der Europäischen Gemeinschaft wie vorher an der Arbeit der Kommission in Brüssel nahm die Bundesrepublik Deutschland maßgeblichen, wenn auch selten spektakulären Anteil. Der Zusammenhang zwischen der deutschen und der europäischen Einigung wurde von Bruno Heck 1987 noch einmal in die Kontinuitätsperspektive deutscher Nachkriegspolitik gestellt. In jüngster Zeit wurden von Anhängern der CDU und CSU aus begründeten Sacherwägungen oder wegen Gefährdung des Föderalismus Vorbehalte gegen zentralistische Regelungen aus Brüssel geltend gemacht. Doch man blieb darin einig, den Zusammenschluß Europas als lebensnotwendig anzusehen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl und von dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand unumkehrbar vertieft.

Die intentionale und politisch-argumentative Verknüpfung von europäischer und deutscher Einigung hat sich, wenn auch unter großen Opfern für die einer langjährigen Diktatur ausgelieferten Ostdeutschen, letztlich bewährt; die nahezu jederzeit erstrebte europäische Einbindung deutscher Politik hat dieser die rasche Zustimmung der westeuropäischen Nationen

zur Wiedervereinigung gesichert.⁴⁹ Nachdem umgekehrt auch der langwierige deutsche Einigungsprozeß kein unüberwindliches Problem für Europas Einigung mehr darstellt, scheint die Zukunft doch einige unberuhigende Aussichten zu eröffnen.

Von einem christlich geprägten Kulturbewußtsein in Europa, das die erste Nachkriegszeit durchzog, ist auch seitens der Unionsparteien kaum noch die Rede: Kann aber ein Staat ohne Diskussion über seine Fundamente bestehen?⁵⁰ Die Erweiterung der EG, bestehend aus West-, Süd- und Teilen Mitteleuropas, nach Osten steht auf der Tagesordnung; hier sollten die Europäer die Geschichte und die Geographie zu Rate ziehen, um zu erkennen, daß die an Deutschland angrenzenden osteuropäischen Staaten in die europäische Schicksalsgemeinschaft gehören. Rußlands Entwicklung weist hingegen in den asiatischen Raum.⁵¹ Im Interesse der besseren Handlungsfähigkeit mag eine besondere deutsch-französische Zusammenarbeit Vorteile bieten; doch es wäre unklug und geschichtsvergessen, aus ihr eine Front gegen Großbritannien, gegen die USA und gegen das nach wie vor aktuelle Atlantische Bündnis zu zimmern. Das größte Problem bleibt die außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas. Angesichts der deutschen Verdienste um Europa ist unverständlich, warum die deutsche Sprache in Brüssel nicht gleichberechtigt neben der französischen und englischen Verwendung findet.

49 Alfred GROSSER, »Eine kleine Bilanz der deutsch-französischen Beziehungen im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozeß«, in: Bernhard BEUTLER (Hg.), *Reflexionen über Europa*, Bonn 1992, S. 16. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF, »Deutsche Einheit und europäische Integration«, in: Beate KOHLER-KOCH (Hg.), *Die Osterweiterung der EG. Die Einbeziehung der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft*, Baden-Baden 1991, S. 27f. Vgl. Werner WEIDENFELD, »Die gesamteuropäische Dimension der deutschen Einheit«, in: Werner WEIDENFELD/Christine HOLESCHOVSKY u.a., *Die doppelte Integration. Europa und das größere Deutschland*, Gütersloh 1991, S. 9ff.

50 Vgl. zum Problem Bd. 35 der Veröffentlichungen der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung: Michael ZÖLLER (Hg.), *Europäische Integration als Herausforderung der Kultur: Pluralismus der Kulturen ohne Einheit der Bürokratie? Kongreß Junge Wissenschaft und Kultur*, Erfurt 22.-24. Mai 1991, Essen 1992, S. 276, 282, 286f.

51 GROSSER S. 16ff.